

## Gesprächsabend mit dem kolumbianischen Gewerkschafter Carlos Olaya, 21.März 2012, Köln

Carlos Olaya ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Lebensmittelgewerkschaft SINALTRAINAL in Kolumbien. Anlass seines Deutschlandbesuchs war eine internationale Tagung zum 30-jährigen Bestehen der Gewerkschaft SINALTRAINAL sowie das Anreichen einer Klage gegen den Nestlé-Konzern in der Schweiz (siehe IV).

Am 21.März 2012 luden wir Carlos Olaya zu einem Gesprächsabend nach Köln ein. Er beantwortete unsere Fragen zu Coca-Cola, Gewerkschaftsarbeit und Kolumbien.

Dieser Bericht gibt Diskussionen und Antworten des Abends wieder, erweitert um Hintergrundinformationen zum Kontext.



Carlos Olaya (l.) mit Bundesvorsitzendem Dirk Tänzler

### **I- Der internationale Coca-Cola Boykott**

Der Boykott von Coca-Cola begann in Kolumbien 2004 aus vier Gründen:

1. Verweigerung von Arbeitsrechten
2. Einschränkung von Gewerkschaftsarbeit
3. Gewalt gegen Gewerkschafter/-innen
4. Verfolgung von Gewerkschafter/-innen von Seiten des Staates

An diesen Vorwürfen hat sich, so betonte Carlos Olaya, seitdem nichts Grundsätzliches geändert.

### **II- Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechtsverletzungen in Kolumbien**

Aus Sicht der Gewerkschaft werden die Rechte der Arbeitnehmer/-innen nicht geachtet, auch wenn es gegenüber der Presse behauptet wird. Die Situation sei immer schwieriger. Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gehe mit der Tatsache einher, dass es kaum mehr direkte Verträge gäbe, sondern dass die meisten Arbeitenden über Sub-Unternehmen angestellt werden. Für Leiharbeiter gelten prekäre Arbeitsverhältnisse. Sie arbeiten zwischen 16 und 18 Stunden am Tag für einen Stundenlohn von 40 Dollar-Cent, so Olaya.

Laut SINALTRAINAL sind die häufigsten **Arbeitsrechtsverletzungen**:

- Absprechen des Verhandlungsrechts (keine Verhandlungen mit Gewerkschaften, trotz Streik)
- Entlassungen von Gewerkschaftern (bereits 50 dieses Jahr!)
- Vereinbarungen werden nicht eingehalten
- Herauszögern von Forderungen, bürokratisches Labyrinth
- Kollektivabschlüsse werden aufgezwungen
- Weigerung, vereinbarte Löhne zu zahlen
- Verhindern des Zusammenschluss der Gewerkschaften (So wurde die Mitgliederzahl der Gewerkschaft von 1300 auf 280 reduziert)
- verschiedene Formen von Todesdrohungen (Briefe, Telefonanrufe – Am 9. November 2011 wurde einer der Anführer der Gewerkschaften bedroht, seine Frau und seine Tochter gewaltsam angegangen)
- Dieses Jahr wurden bereits zwei Gewerkschafter umgebracht.
- Repressionen durch den Staat: Zwei Gewerkschafter sind angeklagt wegen des Vorwurfs des „Terrorismus“
- Überwachung durch den Geheimdienst
- Kein Bewusstsein dafür, dass durch repressives Verhalten Krankheiten ausgelöst werden



Konzentriert und schockiert – Teilnehmende des Abends



### **III- Die gewerkschaftsfeindliche Situation in Kolumbien**

Arbeitsrechtsverletzungen, Gewalt und Bedrohungen sind in Kolumbien kein neues Phänomen. Kolumbien gehört zu den Ländern mit den weltweit meisten Angriffen auf Gewerkschafter/-innen. Sie sind Opfer von Stigmatisierung, Bedrohung, sexueller Gewalt, unbegründeten Strafprozessen, gewalttätigen Attacken und Tötungen durch alle Akteure des bewaffneten Konflikts (staatliche Sicherheitskräfte, paramilitärische Einheiten und Guerillagruppen).

Kolumbien hält seit Jahren den traurigen Rekord von fast der Hälfte der ermordeten Gewerkschafter/-innen weltweit. Die weit überwiegende Zahl dieser Taten wird den Paramilitärs und staatlichen Sicherheitskräften zugeschrieben. Zugleich wird eine sehr hohe Straflosigkeitsrate beklagt. Amnesty International (AI) nimmt an, dass es eine koordinierte militärisch-paramilitärische Strategie gibt, die darauf ausgerichtet ist, mittels Bedrohungen und öffentlicher Diskreditierungen die Arbeit der Gewerkschaften zu unterminieren. Der Staat Kolumbien ist nicht willens oder nicht in der Lage, Gewerkschafter effektiv zu schützen. Dies wird in Berichten der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte in Kolumbien, von AI oder von der International Trade Union Confederation (ITUC) bestätigt.

In den letzten 25 Jahren sind insgesamt über 2.500 Gewerkschafter in Kolumbien ermordet worden. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 51 Gewerkschafter ermordet. Damit steht Kolumbien weiterhin an der Spitze der gefährlichsten Länder für Gewerkschafter/-innen.

Carlos Olaya sieht eine weitere Ursache, die zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt habe, in den Arbeitsmarktreformen. Der Lohn für Arbeitende ist im Durchschnitt um Zweidrittel zurückgegangen. Das ausländische Kapital ist um das 15-Fache gestiegen, Kolumbien wurde zum Exportland. Die Kosten der guten Geschäfte: mehr als 300.000 Tote, mehr als 5000 Verschwundene und 5 Millionen Vertriebene.

Nach Einschätzung der Gewerkschaften tragen auch die Freihandelsabkommen, die beispielsweise die USA mit Kolumbien geschlossen haben, zur Verschlechterung der Situation der Arbeitenden bei. Die Konsequenz für viele Arbeitende sei Verschuldung, Hunger, Armut, Verlust von Souveränität.

Immer stärkere Repressionen schwächen die Gewerkschaften und löschen soziale Bewegungen aus.

Der Protest der Gewerkschaften richtet sich nicht ausschließlich an Coca-Cola, sondern auch an andere multinationale Unternehmen (Nestlé, Unilever, Kraft, Sodexo). Jedoch meint Carlos Olaya: „Coca-Cola zählt zu den aggressivsten Firmen im Kampf gegen die Gewerkschaften“

### **IV- Klage gegen Nestlé: Der Fall Luciano Romero**

Am 5. März 2012 hat die Gewerkschaft SINALTRAINAL und das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) erstmals in der Schweiz eine Klage gegen die Nestlé AG und mehrere ihrer führenden Mitarbeiter eingereicht. Der Vorwurf: Unterlassene Schutzleistung, „fahrlässige Tötung durch Unterlassen“.

**Auszüge aus dem ECCHR-Sondernewsletter** (Ausführliche Informationen und juristische Argumentation im Sondernewsletter des ECCHR: [www.ecchr.de/index.php/nestle.html](http://www.ecchr.de/index.php/nestle.html)):

Luciano Romero war über viele Jahre Arbeiter in der Nestlé-Fabrik Cicolac in Valledupar und in der lokalen Direktion der Gewerkschaft SINALTRAINAL aktiv. Am Abend des 10. September 2005 wurde er von Paramilitärs entführt, gefoltert und mit 50 Messerstichen getötet.

Luciano Romero setzte sich für die Rechte der Arbeiter bei Cicolac ein und dokumentierte Menschenrechtsverletzungen an Gewerkschaftern. Er war staatlicher Repression ausgesetzt, wurde von der kolumbianischen Justizpolizei wiederholt willkürlich festgenommen und erhielt Drohungen von Paramilitärs (AUC). Leitende Funktionäre der Nestlé Cicolac verleumdete ihn und andere Gewerkschafter mehrfach als angeblichen Guerilla-Kämpfer. Er wurde grundlos beschuldigt, für einen Bombenanschlag auf dem Werksgelände 1999 verantwortlich zu sein.

Als die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte dem kolumbianischen Staat im Jahre 1999 aufgab, Sicherheitsmaßnahmen für Romero zu ergreifen, erhielt er lediglich ein Funktelefon. Seine Gefährdungslage besserte sich dadurch kaum. Ein Sicherheitsprogramm mit Bodyguards und schussicherem Wagen wurde für ihn zwar bewilligt, aber nie umgesetzt.

(...) Als der Arbeitskonflikt und die Spannungen ihren Gipfel erreicht hatten, boten sie Romero Hilfe bei der Beschaffung von Visa an. Er lehnte ab. Sein Interesse sei die Fortführung seiner Gewerkschaftsarbeit in Freiheit und Sicherheit. Durch eine Ausreise würde diese aber eher verhindert als geschützt. Als sich dann im Zusammenhang mit dem Arbeitskonflikt das Unternehmen im Oktober 2002 von Luciano Romero trennte, hörten die Drohungen nicht auf. 2004 musste er sogar zeitweise ins Exil gehen. Nach seiner Rückkehr klagte er gegen seinen früheren Arbeitgeber auf Wiedereinstellung. Auch stellte er sich als Zeuge vor dem Ständigen Völkertribunal zur Verfügung, um zur Unternehmens- und Gewerkschaftspolitik Nestlés in Kolumbien auszusagen. Das Tribunal ist eine unabhängige, international tätige Institution, die Vorwürfe gegen Unternehmen wegen Menschenrechtsverletzungen untersucht. Zur Anhörung in Bern im Oktober 2005 konnte er nicht mehr erscheinen, er wurde wenige Wochen vorher ermordet.

Den Beschuldigten wird vorgeworfen, den Tod Romeros fahrlässig mit verursacht zu haben durch pflichtwidriges Unterlassen. Denn sie hatten als Geschäftsherren und Schutzgaranten die Pflicht zu handeln, um das Verbrechen zu verhindern. Der Mord geschah im Kontext eines bewaffneten Konflikts, in dem Gewerkschafter und andere soziale Gruppen systematischer Verfolgung, vor allem durch Paramilitärs und staatliche Stellen, ausgesetzt sind. Romero war in den Jahren vor seiner Ermordung mehrfach von den lokalen Nestlé-Vertretern fälschlich als Guerilla-Kämpfer diffamiert worden. In Kolumbien können solche Diffamierungen die Wirkung eines Todesurteils haben. Hinzu kommt, dass die lokale Nestlé-Vertretung auf mehreren Ebenen mit paramilitärischen Kreisen verflochten war. Sie unterhielt Lieferbeziehungen mit Großgrundbesitzern, die Verbindungen zu solchen Kreisen hatten; auch gibt es Aussagen, dass die lokale Tochterfirma Zahlungen an paramilitärische Gruppen geleistet hat. Die Schweizer Unternehmensführung wusste von dem Risikoverhalten ihrer Mitarbeiter in Kolumbien und kannte auch die daraus folgenden erheblichen Gefahren für das Leben der betroffenen Gewerkschafter. Sie blieb dennoch untätig, mit der Begründung, diese Angelegenheiten seien an das kolumbianische Tochterunternehmen delegiert worden.

Der Tod von Luciano Romero ist leider kein Einzelfall. Zwischen 1986 und 2011 sind mindestens dreizehn Nestlé-Arbeiter und Anführer der Lebensmittelgewerkschaft SINALTRAINAL ermordet worden oder verschwunden; fünf weitere mussten ihren Wohnort verlassen. Diese Bedrohungslage gefährdet die Funktionsfähigkeit der Gewerkschaft und schwächt so die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer/innen eines Unternehmens, wovon dieses dementsprechend – gewollt oder ungewollt – profitiert.

Die Gewerkschaft hat die paramilitärischen Verbindungen der kolumbianischen Nestlé-Tochter als Risikofaktor angesehen und das Schweizer Mutterhaus um Intervention gebeten. Dieses hat die Angelegenheit und die Verantwortung dafür wiederholt an die kolumbianische Vertretung zurückverwiesen. Im Widerspruch dazu: In den *Corporate Business Principles* des Unternehmens bekennt sich Nestlé zur Einhaltung der Menschenrechte und der ILO-Kernarbeitsnormen zu Arbeits- und Gewerkschaftsrechten und

erklärt zugleich, dass die Achtung dieser Prinzipien nicht ins Belieben der lokalen Vertretungen gestellt, sondern zentral vorgeschrieben wird.

Der Verlauf und Ausgang des Verfahrens ist noch offen. Jedoch ist es den anklagenden Organisationen wichtig, ein Zeichen zu setzen gegen die Straflosigkeit und für die Notwendigkeit menschenrechtlicher Standards für Unternehmen.

Carlos Olaya erwähnt, dass die meisten Verbrechen gegen Gewerkschafter ungestraft bleiben. Von 4000 Mordfällen wurden bisher nur fünf aufgeklärt.

Die Klage soll eine Debatte anstoßen über die Rolle und die Verantwortung von multinationalen Konzernen. SINALTRAINAL hofft, dass die Gesellschaft diese Themen diskutieren wird und zukünftig Unternehmen Grenzen gesetzt werden.

#### **V- Forderungen von SINALTRAINAL u. anderen Gewerkschaften**

- Garantie gewerkschaftlicher Freiheit durch den Staat
- Gerechte Strafverfolgung, Aufklärung der Verbrechen
- Normen für multinationale Unternehmen bzgl. Arbeits-, Menschenrechte und Umwelt

Somit richten die Gewerkschaften einen starken Appell an die kolumbianische Regierung. Carlos Olaya berichtet, es gäbe jetzt eine juristische Abteilung, die Verbrechen gegen Gewerkschafter/-innen aufklären soll. Dieses wurde in Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Handelsabkommen zwischen USA und Kolumbien zwischen Obama und Santos verhandelt. Aber diese Stelle arbeite und funktioniere nicht.



Carlos Olaya und Übersetzerin Jojo Schiller (rechts). Carlos bewegte es sichtlich, über die Situation seiner Compañeros zu berichten.

#### **VI- Unterstützung und Wahrnehmung des Boykotts**

In Kolumbien erhalten die Gewerkschaften Unterstützung von verschiedenen Gruppen der Zivilgesellschaft, u.a. von Justitia et Pax, von Menschenrechtsorganisationen, indigenen Gruppen, Umweltgruppen, der Vereinigung der Landlosen.

Auch in Kolumbien gibt es Coca-Cola Boykott und Jugendliche und Studierende, die den Boykott unterstützen (nicht für Nestlé).

**Carlos Olaya betont: Euer Boykott wird wahrgenommen!**

Er regt an: Ein Austausch mit den kolumbianischen Jugendlichen wäre sehr wichtig und interessant. Der BDKJ sei jederzeit herzlich willkommen!

Carlos Olaya bedankt sich von Herzen für die Unterstützung und Begleitung aus Deutschland. Er sagt „Der Boykott trägt unter anderem dazu bei, dass es die Gewerkschaften noch gibt“.